



Bildungspolitische Programme der Thüringer Parteien

Ein bildungspolitischer Vergleich der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien im Vorfeld der Landtagswahlen 2019

Projektleitung: Prof. Dr. Michael May
Autoren: Julian Kepeschziuk

Inhalt

1 Einleitung	S. 3
2 Analyse	S. 4
2.1 Ausbildung und Einstellung	S. 4
2.2 Allgemeine Schulpolitik	S. 5
2.3 Ausgestaltung des Unterrichts	S. 7
2.4 Weitere Themenschwerpunkte	S. 8
3 Fazit	S. 10
Literatur	S. 11

1 Einleitung

Die polarisierte politische Landschaft in Thüringen zeichnet sich in der Sitzverteilung des Landtags ab und ist in vielen politischen Sachfrage greifbar. Insbesondere die starke parlamentarische Stellung der AfD trägt zu dieser Polarisierung bei. Doch ist in diesen Zeiten die Schulpolitik, eine zentrale Domäne der Bundesländer im bundesdeutschen Föderalismus, genauso umstritten? Für den Vergleich der bildungspolitischen Agenda der im Thüringer Landtag vertretenen Parteien wurden Daten aus einer Wahlprogrammanalyse ausgewertet und inhaltlich strukturiert. Dazu wurden die Parteiprogramme aus dem Vorfeld der letzten Landtagswahlen 2019 herangezogen. Zunächst soll der Blick auf einige zentrale Themen gerichtet werden, die jeweils im überwiegenden Teil der Wahlprogramme aufgegriffen wurden. Anschließend liegt der Fokus auf spezifischen Themensetzungen einzelner Parteien, bevor in einem abschließenden Fazit herausstechende Gemeinsamkeiten und Konfliktlinien herausgestellt werden.

2 Analyse

2.1 Ausbildung und Einstellung

Einigkeit herrscht zunächst bezüglich der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern. Hinsichtlich des Lehrkräftemangels sprechen sich alle Parteien für eine gesteigerte Einstellung aus. Die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die Linke und die AfD konkretisieren dabei, dass freiwerdende Stellen unverzüglich besetzt werden sollen. Während die CDU lediglich davon spricht, dass mehr Lehrkräfte ausgebildet und eingestellt werden müssen und die FDP das Problem mit einem Referat zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels angehen möchte.

Vereinfachungen von Einstellungsverfahren sollen dabei ein helfendes Element sein. Dafür sprechen sich alle Parteien aus. Sie setzen dabei auf Entbürokratisierung und Beschleunigung. Die FDP sieht die Lösung in diesem Zusammenhang auch in der selbstverantwortlichen Schule, in der Einstellungsverfahren durch die Freiheit der Personalgestaltung der Schulleitung obliegen.

Aktuell wird an Thüringer Universitäten eine schulartbezogene Ausbildung angeboten. Nach Meinung der CDU und der AfD soll auch an dieser festgehalten werden. Im Gegensatz stehen die SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie die Linke für eine Reform zur schulstufenbezogenen Ausbildung. Die FDP tätigt hierzu keine Aussage im Wahlprogramm.

Bezüglich der Bezahlung von Lehrerinnen und Lehrern fordern Bündnis 90/Die Grünen und die Linke, dass Grundschullehrkräfte die Besoldungsgruppe A13 (mittlerweile erfolgt) erhalten und somit Lehrkräften anderer Schularten gleichgestellt werden. Die SPD ist derselben Auffassung, betont allerdings eine schrittweise Anhebung. Die FDP spricht hier von einer schulartenübergreifenden Besoldung. Die CDU möchte diese Anhebung zumindest überprüfen. Auf Seiten der AfD ist man davon überzeugt, dass die Gehälter dem Wettbewerb unter den Bundesländern standhalten sollen.

Damit einhergehend ist die Möglichkeit von Beförderungsmöglichkeiten im Schuldienst. Die Linken und die Grünen haben hierzu keinen inhaltlichen Standpunkt im Wahlprogramm verfasst. Die CDU, SPD und die AfD sprechen sich für verbesserte Beförderungsmöglichkeiten im Beruf aus und die FDP verfolgt entlang ihres Leitbildes der eigenverantwortlichen Schule die Idee der personellen Autonomie, woraus nach deren Auffassung bessere Beförderungsmöglichkeiten resultieren sollten.

Ein weiterer Punkt sind mögliche Anreize für mindergefragte Fächer und Regionen. In Bezug auf Mangelfächern wollen die CDU, SPD, AfD und Bündnis 90/Die Grü-

nen für diverse finanzielle Anreize für Lehrerinnen und Lehrer sorgen, insbesondere für MINT-Fächer. Die FDP sieht Steuerungsmöglichkeiten hauptsächlich in finanziellen Zulagen für die Ausstattung von naturwissenschaftlichen Fachräumen, was deren Attraktivität steigern soll. Die Linke tätigt hierzu keine Aussage. Junge Lehrkräfte sollen beim Einsatz in Schulen im ländlichen Raum besonders unterstützt werden. So schreiben es die CDU, SPD, AfD und die Linke. Die FDP und Bündnis 90/Die Grünen haben zu dieser Thematik keine Aussage im Wahlprogramm.

Neben der Ausbildung von Lehrkräften spielt auch die Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern in den meisten Wahlprogrammen zunehmend eine Rolle. Die FDP, die Linke und Bündnis 90/Die Grünen wollen diese Ausbildungsprogramme weiter verbessern und professionalisieren. Die SPD und die AfD wollen nur im Ausnahmefall bzw. bei vorübergehender Notwendigkeit die Einstellung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern ermöglichen. Die CDU äußert sich nicht.

Außer der AfD beziehen alle Parteien bezüglich der Schulsozialarbeit Stellung. Die CDU plädiert für mehr Schulsozialarbeit an Thüringer Schulen. Dem stimmt auch die FDP zumindest im Bedarfsfall zu. Bündnis 90/Die Grünen, die SPD und die Linke gehen dabei noch einen Schritt weiter und befürworten eine Bereitstellung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern an allen Schulen, nach Meinung der SPD sogar dauerhaft. Die Grünen legen dabei zusätzlich Wert auf eine Kooperation zwischen Schulen, Schulpsychologie und Schulsozialarbeit.

2.2 Allgemeine Schulpolitik

Kernfrage im Bereich der Schulpolitik ist unter anderem die Förderung von unterschiedlichen Schultypen. Von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und den Linken wurde in den letzten Jahren die Thüringer Gemeinschaftsschule etabliert. Dementsprechend verfolgen die eben genannten Parteien die Stärkung bzw. Weiterentwicklung dieser Schulen weiterhin. Im Gegensatz dazu wollen die CDU, AfD und FDP allen weiterführenden Schulen gleichwertige Entwicklungsmöglichkeiten bieten und dabei allerdings Regelschulen attraktivitätssteigernd im Besonderen fördern. Weitergehend spricht sich die AfD explizit gegen Gemeinschaftsschulen aus und möchte die diesbezügliche Entwicklung rückgängig machen.

Schulen in freier Trägerschaft sind ebenfalls Teil der Thüringer Schullandschaft.

Neben der SPD, die diesbezüglich in ihrem Wahlprogramm keine Stellung bezieht, stehen alle Parteien für eine ebenbürtige finanzielle Förderung im Vergleich zu den

staatlichen Schulen. Auf Seiten der Linken wird hinzugefügt, dass die Kooperation zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft verstärkt werden soll. Nach Meinung von Bündnis 90/Die Grünen sollen zusätzlich Fortbildungen des Landes auch für Lehrerinnen und Lehrer an freien Schulen bezahlt und ermöglicht werden.

Schulstandorte sollen nah am Wohnort sein. Dafür stehen die AfD, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linke. Seitens der CDU wird lediglich von wohnortnahen Grundschulen gesprochen. Die FDP bezieht dazu keine Stellung.

Für die Linke, SPD und Bündnis 90/Die Grünen ist eine beitragsfreie Ganztagesbetreuung ebenfalls Teil des Wahlprogramms, welche dabei noch ausgeweitet werden soll. Auch die CDU und die FDP sprechen vom Ausbau der Ganztagsangebote, allerdings nicht beitragsfrei. Das Wahlprogramm der AfD enthält hierzu keine Aussage.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sanierung von Schulen. Diese soll weiterhin gefördert und unterstützt werden. Nur bei der CDU und Bündnis 90/Die Grünen kommt dieses Thema nicht im Wahlprogramm vor.

Ein anderer Streitpunkt ist das Thema Inklusion an Schulen. Hierbei trifft man in den Wahlprogrammen auf ein stark differenziertes Bild. Die AfD möchte dabei vorrangig Förderschulen unterstützen und betrachtet Inklusion somit als absolute Ausnahme, die, wenn sie an speziellen Schulen etabliert wird, ausdrücklich von allen Beteiligten erwünscht sein muss. Die CDU und die FDP plädieren ebenfalls für den Erhalt von Förderschulen und deren personelle Stärkung. Allerdings wollen sie zusätzlich, zumindest bedingt, inklusiven Unterricht weiterentwickeln, beispielsweise durch die Einführung von Schwerpunktschulen. Die Linke und die SPD stehen derzeit für eine gleichberechtigte Förderung von Förderschulen bzw. Förderzentren auf der einen Seite und Inklusion auf der anderen Seite. Bündnis 90/Die Grünen verfolgen den stärksten inklusiven Ansatz, indem sie das Recht auf gemeinsames inklusives Lernen von Beginn an einfordern.

Weiterhin geht es in den Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen, der AfD und der Linken um den Umgang mit Menschen, die Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache haben. Die AfD fordert dabei das Einrichten von Vorschaltklassen mit einer verbindlichen Leistungsüberprüfung. Der Besuch einer regulären Schulklasse soll demnach nur Schülerinnen und Schülern ermöglicht werden, die entsprechende sprachliche und soziale Fähigkeiten vorweisen können. Dagegen plädieren die Linken und Bündnis 90/Die Grünen strikt gegen eine solche Trennung und präferieren das Konzept der integrierten, schulischen Sprachförderung. Der Zugang zu Bildung soll keinem jungen Menschen verwehrt werden.

Die Eigenverantwortung der Thüringer Schulen ist das Thema, welches wesentlich durch die FDP verkörpert wird. Sie sehen in einer Schule mit pädagogischer, finanzieller und personeller Autonomie eine höhere Bildungsqualität. Bündnis 90/Die Grünen, die SPD und die CDU plädieren ebenfalls für mehr Eigenverantwortung und sehen mögliche Stellschrauben vorwiegend beim finanziellen Gestaltungsspielraum und beim Mitspracherecht bezüglich der Personalauswahl. Die Linken verweisen darauf, dass das 2018 eingeführte Schulbudget bereits Flexibilität bietet. Die AfD hat hierzu keine Aussage in ihrem Wahlprogramm.

Ähnlich überzeugt ist die FDP beim Thema der Digitalisierung. Sie fordert ein digitales Klassenzimmer mit neusten technischen Möglichkeiten und die dementsprechende Ausbildung von Lehrkräften. Ebenso machen sich die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Linken für die technische Weiterbildung sowie für den Einsatz und die Verbesserung technischer Ausstattung an Schulen stark und verweisen dabei auf den geschlossenen Digitalpakt. Die Grünen weisen hierbei zusätzlich auf eine grundsätzliche Neuorientierung von pädagogischen Inhalten und Methoden in einer digitalen Welt hin. Die CDU spricht neben der Lehrkraftqualifizierung für digitale Medien lediglich davon, jede Schule bis 2024 mit kostenfreiem WLAN auszustatten. Die AfD lehnt Bestrebungen, den Unterricht zu digitalisieren ab und begrüßt allenfalls eine gute Internetverbindung und eine entsprechende technische Ausstattung.

Zu Fragen des bildungspolitischen Systems und schulischen Abschlüssen äußern sich nur die CDU und die FDP. Dabei ist das Ziel, deutschlandweit Vergleichbarkeit von Abschlüssen herzustellen. Die CDU spricht dabei konkret von einem Deutschlandabitur. Die Wege zu diesen Bildungszielen, so CDU und FDP, sollen dabei allerdings weiterhin im Wettbewerb zwischen den Bundesländern stehen und nicht vereinheitlicht werden. Zusätzlich will die FDP die Kultusministerkonferenz durch eine Bildungskonferenz ersetzen, bei der neben den Kultusministerinnen und Kultusministern auch Platz für weitere Personen, wie beispielsweise Expertinnen und Experten, sein soll.

2.3 Ausgestaltung des Unterrichts

Bezüglich des Unterrichts haben die untersuchten Parteien diverse Präferenzen im Hinblick auf die Stärkung bzw. Ausgestaltung bestimmter Fächer.

Laut Bündnis 90/Die Grünen soll der bekenntnisgebundene Unterricht weiterhin angeboten werden. Zusätzlich unterstützen sie Modellprojekte für integrativen Religionsunterricht für alle Religionen. Dem widerspricht die AfD, die Formen von Is-

lamunterricht kategorisch ablehnt. Nach Meinung der Linken wiederum soll der Religionsunterricht an staatlichen Schulen als Wahlpflichtfach gänzlich abgeschafft werden und lediglich als freiwillige Ergänzung nach der regulären Unterrichtszeit weiterbestehen. Im Wahlprogramm der übrigen Parteien findet sich keine solche Stellungnahme.

Bis auf die CDU, die diesen Unterpunkt im Wahlprogramm nicht bearbeitet hat, legen alle Parteien einen stärkeren Fokus auf berufsorientierten Unterricht. Die Linken setzen dabei auf Praxisklassen, die SPD und Bündnis 90/Die Grünen auf Berufsorientierung und Schullaufbahnberatung. Die FDP plädiert konkret für eine starke Verbindung zwischen Wirtschaft und Schule. Sie fordert kontinuierliche Berufsorientierungstage, Schullaufbahnberatung sowie die Aufwertung von technischen und handwerklichen Fächern. Zusätzlich setzen sie sich für flächendeckenden Wirtschaftunterricht ein. Die AfD möchte den Anteil an praktischen Unterrichtsinhalten steigern.

Auch Sexualkunde ist Teil des politischen Diskurses, speziell zwischen der AfD und Bündnis 90/Die Grünen. Die AfD ist gegen Projekte zur sexuellen Aufklärung in der Schule und will diese Funktion allein dem Lehrer im Zuge des Biologieunterrichts zugestehen. Zudem soll ein lebensschützendes Konzept vertreten werden, welches Abtreibungen als absolute Ausnahme manifestieren soll. Bündnis 90/Die Grünen fordern dagegen die Thematisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt. Dazu wollen sie unter anderem die Rolle der Vertrauenslehrkräfte weiterentwickeln und Schulen zu Orten des „Empowerments“ machen.

Weiterführend besteht bei einigen Parteien spezifisches Interesse für die Förderung einzelner Unterrichtsfächer. Allein Bündnis 90/Die Grünen plädieren in ihrem Wahlprogramm für die Stärkung des Faches Sozialkunde zur Etablierung von politischer Bildung an Thüringer Schulen. Zudem wollen sie den Schulgartenunterricht mit Fokus auf Umwelt und Ernährung gezielt fördern. Dagegen ist die Stärkung des Informatikunterrichts das Thema der FDP.

2.4 Weitere Themenschwerpunkte

Die AfD spricht die Essensversorgung an Thüringer Schulen an und sieht eine ausgewogene Ernährung als wichtige Voraussetzung. Auch Bündnis 90/Die Grünen positionieren sich zu diesem Thema. Laut den Grünen sollen bei der Mittagsversorgung auch zusätzliche Aspekte wie Regionalität, Qualität und Nachhaltigkeit beachtet werden.

Auch bezüglich der Jahrgangsstufenwiederholung sind AfD und Bündnis 90/Die Grünen nicht einer Meinung. Die AfD sieht Klassenwiederholungen als sinnvollen Teil des Schulsystems, wohingegen die Grünen auf Datengrundlage der Schulforschung von einem pädagogisch unwirksamen Mittel sprechen, welches sie abschaffen wollen. Alle anderen Parteien haben zu diesen zwei Kategorien keine Standpunkte formuliert.

Ein Plädoyer zur Demokratisierung von Schulen findet sich in allen Wahlprogrammen außer denen der CDU und der AfD, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß. Die FDP will Schülerinnen und Schüler zu mündigen, verantwortungsvollen, leistungsfähigen und zukunftsbejahenden Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickeln. Für die SPD geht es dabei hauptsächlich um die Erweiterung von Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten an Schulen. Zusätzlich zur Stärkung von demokratischen Schulstrukturen setzen sich die Linke und Bündnis 90/Die Grünen für Demokratiebildung ein. Die Grünen führen hierzu mit Schlagworten wie Menschenwürde, Verantwortung, Solidarität, Toleranz und Gleichberechtigung ihre Vorstellung einer demokratischen Schule weiter aus.

Weiterführend findet man vorwiegend im Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken Antirassismus- und Antidiskriminierungsoffensiven. Die Linke sieht in dieser Forderung die Verankerung einer menschenrechtsorientierten Lehr- und Lernstruktur, die rassismuskritisch sowie diskriminierungskritisch beschaffen sein soll. Im Fokus der Grünen steht dabei Bildungsarbeit, bei der Lehr- und Lernmaterialien auf diskriminierende und rassistische Inhalte überprüft und die schulische Antidiskriminierungsarbeit gestärkt werden soll. Dagegen meint die AfD, dass beispielsweise das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit dem Kampf gegen die bürgerliche Mitte der Gesellschaft gewidmet sei.

Weitere signifikante Themensetzungen findet man beispielweise bei der CDU, die durch eine Integrationsquote erreichen wollen, dass mindestens drei Viertel der Schülerinnen und Schüler an Thüringer Grundschulen Deutsch als Muttersprache sprechen. Die AfD spricht sich für die Verankerung der klassischen Schreibschrift im Lehrplan aus. Während Bündnis 90/Die Grünen Themen wie Klimaschutz, Friedensschaffung und sozialen Zusammenhalt fächerübergreifend im Lehrplan festsetzen möchte.

3 Fazit

Abschließend lässt sich sagen, dass herausstechende Gemeinsamkeiten vorwiegend zwischen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und den Linken auftreten. Im Zuge der gemeinsamen Koalitionsarbeit unterstützen die genannten Parteien eine Umstellung auf die schulstufenbezogene Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer sowie infolgedessen die besondere Berücksichtigung des Modells der Thüringer Gemeinschaftsschule. Gegen diese Ansätze formiert sich geschlossener Widerstand von CDU, FDP und AfD. Deren Fokus liegt auf der Förderung der Regelschulen. Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Thema Inklusion. Auch hier gehen inhaltliche Standpunkte zwischen Regierungsparteien und Oppositionsparteien auseinander. Während CDU und FDP neben der begrenzten Weiterentwicklung des inklusiven Unterrichts für den Erhalt von Förderschulen stehen, die AfD inklusive Systeme nahezu gänzlich ablehnt, plädieren SPD und Linke für gleichberechtigte Förderung von Förderschulen bzw. Förderzentren und Inklusion. Einen noch inklusiveren Ansatz vertreten Bündnis 90/Die Grünen. Weitere Konfliktlinien lassen sich insbesondere ausgehend von Positionen der AfD beobachten. Beispielsweise lehnt die AfD Bestrebungen der Unterrichtsdigitalisierung ab, wohingegen alle anderen Parteien, in unterschiedlicher Intensität, den Digitalisierungsprozess vorantreiben wollen. Weiterhin trifft die Skepsis der AfD bei Offensiven zur Demokratiebildung oder für Antirassismus- und Antidiskriminierungsprogramme auf Widerstand, hauptsächlich von Bündnis 90/Die Grünen und der Linken. Zudem sind die parteipolitischen Diskrepanzen nicht zuletzt in Präferenzen im Hinblick auf die Stärkung bzw. Ausgestaltung bestimmter Fächer zu sehen sowie in anderen richtungsweisenden bildungspolitischen Entscheidungen.

Literatur

Alternative für Deutschland (2019), Meine Heimat, mein Thüringen. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Landtagswahl in Thüringen 2019. Landesparteitag. Erfurt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (2019), Mit Mut und Leidenschaft für Thüringen. Landtagswahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen. Landesdelegiertenkonferenz. Erfurt.

CDU (2019), Thüringen: Heimat mit Zukunft #Aufbruch2019. Regierungsprogramm der CDU Thüringen zur Landtagswahl am 27. Oktober 2019. Landesparteitag. Geisa.

DIE LINKE (2019), Die Gegenwart gestalten. Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019 in Thüringen. Landesparteitag. Gera.

FDP (2019), Hallo Übermorgen. Das Wahlprogramm der Freien Demokraten. Landesparteitag. Bad Frankenhausen.

SPD (2019), Zuhören und machen. SPD Thüringen: Regierungsprogramm 2019-2024. Landesparteitag. Erfurt.

KONTAKT

Prof. Dr. Michael May
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Institut für Politikwissenschaften
Professur Didaktik der Politik
Carl-Zeiss-Straße 3
07743 Jena

Jena, 2022

**FRIEDRICH-SCHILLER-
UNIVERSITÄT
JENA** Fakultät für Sozial- und
Verhaltenswissenschaften